

Joachim Beerhorst*

Arbeit und Demokratie

Begegnungen, Wirkungen, unerledigte Programme

Zusammenfassung: Der Aufsatz würdigt Alex Demirovićs Beiträge zum innergewerkschaftlichen Diskurs als Referent, Tagungsleiter und Diskussionspartner, als Mit Herausgeber eines Bandes über kritische Theorie im Strukturwandel und als Autor einer wichtigen Studie zum Stand der Diskussion um Mitbestimmung und Demokratie in der Wirtschaft. Das inhaltliche Zentrum dieser Beiträge – der Zusammenhang von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Demokratie und die Beförderung einer emanzipatorischen Politik um Arbeit – bedürfte im Zeichen der sozial-ökologischen Transformation weiterer theoretischer und vermittlungspraktischer Bearbeitung. Die Überwindung der Arbeitsvergessenheit der Demokratietheorie und der Theorievergessenheit gewerkschaftlicher Arbeitspolitik ist ein unerledigtes Programm.

Schlagwörter: Gewerkschaften, Demokratietheorie, Kritische Theorie, sozial-ökologische Transformation

Labour and Democracy

Encounters, Effects, Outstanding Programs

Abstract: The article recognises Alex Demirović's contributions to the internal trade union discourse as as a lecturer, partner of discussion, editor of a volume on critical theory in structural change of society and author of an important study on the state of discussion about workers co-determination and economic democracy. The core of this contributions – the context of societal division of labour and democracy and the advancement of an emancipatory labour policy – needs further theoretical and practical efforts in a period of socio-ecological transformation. To overcome the ignorance of labour in the theories of democracy and the ignorance of theory in union labour policy is an outstanding programme.

Keywords: Trade Unions, Democratic Theory, Critical Theory, Socio-ecological Transformation

* Dr. Joachim Beerhorst ist Diplom-Sozialwissenschaftler, war langjähriger Leiter des Ressorts Personalentwicklung/Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim Vorstand der IG Metall und ist Lehrbeauftragter an der Europäischen Akademie der Arbeit.

Dass ein führender Intellektueller aus dem Denkkontext der Kritischen Theorie sich kontinuierlich und systematisch in den Handlungszusammenhang gewerkschaftlicher Organisation begibt – und dort angenommen und direkt wirksam wird –, ist angesichts der unterschiedlichen Funktionsweisen in und des Spannungsverhältnisses zwischen beiden »Systemen« keine Selbstverständlichkeit. Denn obwohl sich die ältere und die jüngere Kritische Theorie immer wieder auf die Arbeiter*innenbewegung und ihre Themen und Organisationen bezieht, und obwohl diese Organisationen nicht per se theoriefeindlich sind, ist ihr Verhältnis zueinander ambivalent: Die Gewerkschaften verbinden mit der Reflexion im Referenzrahmen der Kritischen Theorie die Erfahrung und die Erwartung erweiterter Wissens- und Orientierungsmöglichkeiten in gesellschaftlichen Prozessen – zugleich aber auch eine Überforderung durch ihre Analysen und Postulate. Das führt zu meist weniger zum bewussten Negieren als zum Ignorieren ihrer Potenziale. Innerhalb relevanter Strömungen der Kritischen Theorie hingegen scheint bis heute unentschieden, inwieweit in der Perspektive gesellschaftlicher Emanzipation die Gewerkschaften Teil der Lösung oder Teil des Problems sind oder ob sie überhaupt von Interesse sind (Beerhorst 2019: 1046).

Von Alex Demirović lässt sich sagen, dass er aus der Traditionslinie, die auf Horkheimer und Adorno zurückgeht, einen nur mit Oskar Negt vergleichbaren persönlichen und theoretischen Zugang zu den Gewerkschaften gefunden hat, wenn auch vor einem anderen bio-

grafischen Hintergrund. Und dass diese Ambivalenzbeziehung sich für ihn vermutlich nicht auflöst, aber durch ein aktives Näheverhältnis in einen produktiven Prozess des Einflussnehmens verwandeln lässt. Aus der Perspektive eines aufseiten der Gewerkschaft daran Beteiligten sind die so entstandenen Kooperationsbeziehungen Gegenstand der folgenden Reflexion und Würdigung eines Teils seines intellektuellen und politischen Lebens: Begegnungen, Wirkungen, unerledigte Programme.

Begegnungen

Vier organisationspolitische und thematische Begegnungen, die sich auseinander entwickelt haben, bilden – im Rückblick betrachtet – das Beziehungsgerüst zwischen Alex und der IG Metall: die Weiterbildungswochen der pädagogischen Mitarbeiter*innen; eine gemeinsame Tagung der IG Metall-nahen Otto-Brenner-Stiftung, des Bildungsbereichs der IG Metall und des Instituts für Sozialforschung; das Projekt »Gesellschaftliche Arbeitsteilung und politische Demokratie«; die Literatur- und Theoriestudie zu Mitbestimmung und Demokratie in der Wirtschaft.

Die IG Metall ist mit jährlich rund 100.000 Teilnehmenden der größte außerschulische Anbieter politischer Bildung – auf betriebsnaher und regionaler Ebene sowie zentral in sieben Bildungsstätten. Dem politisch-theoretischen Anspruch entsprechend gab es für die insbesondere mit den zentralen Seminaren beauftragten hauptberuflichen Bildungsarbeiter*innen zwischen 1980 und 2000 jährliche Weiterbildungswochen zur inhaltlichen und metho-

dischen Qualifizierung. Alex war hier zweimal als Referent und Diskussionspartner zu Gast – einmal zum Thema »System- versus Handlungstheorie«, sodann zum Themenbereich »sozialer Konstruktivismus – Denken, Handeln und gesellschaftliche Wirklichkeit als Problem der Bildungsarbeit«.

»Ein Ziel unserer Bildungsarbeit ist die kritische Auseinandersetzung mit und die Veränderung von gesellschaftlicher Wirklichkeit. Aber: Wie kommt Wirklichkeit ins Seminar? Hinter dieser Frage verbirgt sich – gesellschafts- und erkenntnistheoretisch gedacht – eine viel grundsätzlichere: Wie kommt Wirklichkeit überhaupt zustande – und wie lässt sie sich begreifen und gestalten? Heißt es (angesichts zunehmender Fragmentierung sozialer Realitäten und Bewusstseinsformen) Abschied nehmen von »Projekten« bewusster gesamtgesellschaftlicher Umgestaltung?«

So lautete die Fragestellung im Veranstaltungsspekt – nicht, um dem postmodernen Zeitgeist zu frönen, sondern um ihm reflektiert entgegentreten zu können. Die Öffnung für diese Fragen und das theoretische Niveau ihrer Erörterung war angesichts des Widerstreits von dogmatisierenden und vereinfachenden Tendenzen der Marx-Rezeption in der Bildungsarbeit einerseits und Protagonisten einer theoriefreien pragmatischen Wende andererseits keine Selbstverständlichkeit. Der Vorstoß erwies sich als lohnend: Die Themen trafen auf Resonanz, die Perspektiverweiterung gelang, Alex hat daran einen wichtigen Anteil (Näheres unter »Wirkungen«).

Parallel zu dieser theoretischen Erweiterung im Bildungsbereich und auf der Basis der hier gesammelten Kooperationserfahrung ging es bei der nächsten Begegnung um einen größeren Adressatenkreis und eine allgemeinere Fragestellung. Eingewirkt werden sollte auf Diskurse über das gewerkschaftliche Selbstverständnis, die mit dem Anspruch der Modernisierung von Akteuren in Grundsatz- und anderen sinnvermittelnden Abteilungen, in gewerkschaftlichen Wissenschaftseinrichtungen, in der gewerkschaftsnahen Forschung und Publizistik und von dem immer bedeutender werden den Kreis der externen Berater*innen ausgingen. Die Idee: In diese Erneuerung des »Wofür«, »Was« und »Wie« der Gewerkschaften sollte durch ein gezieltes theoretisches Orientierungsangebot interveniert werden. Im Februar 2001 wurde sie – ein Unikat in der Beziehung der drei beteiligten Seiten – in Gestalt einer gemeinsamen zweitägigen Konferenz der Otto-Brenner-Stiftung, der Bildungsabteilung der IG Metall und des Instituts für Sozialforschung umgesetzt. Der Titel der Tagung lautete: »Aufgaben und Perspektiven der kritischen Gesellschaftstheorie«. Mehr als dreißig Beteiligte aus Wissenschaft und Gewerkschaft setzten sich mit Aspekten des gesellschaftlichen Wandels, seiner möglichen Beeinflussung und der Rolle der Gewerkschaften auseinander – wesentlich organisiert und moderiert (und zu einer anschließenden Buchpublikation erweitert) von Alex.

Grundlage dieser Kooperation und der sich verstetigenden Begegnungen war und ist ein gemeinsames Motiv von (älterer) Kritischer Theorie und

Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung, über das schnell Einverständnis bestand: die falsche Organisation der Arbeit, die Kritik der Arbeitsteilung. In Horkheimers Abgrenzung von traditioneller und kritischer Theorie heißt es:

»Die Trennung von Individuum und Gesellschaft, kraft deren der Einzelne die vorgezeichneten Schranken seiner Aktivität als natürlich hinnimmt, ist in der kritischen Theorie relativiert. Sie begreift den vom blinden Zusammenwirken der Einzeltätigkeiten bedingten Rahmen, das heißt die gegebene Arbeitsteilung und die Klassenunterschiede, als eine Funktion, die, menschlichem Handeln entspringend, möglicherweise auch planmäßiger Entscheidung unterstehen kann« (Horkheimer 1988: 181).

Das trifft sich mit der praktischen Kritik an der Degradierung der Arbeitskraft unter kapitalistischen Verhältnissen, die der Entstehungs- und Daseinsgrund der Arbeiterbewegung ist. Um eine Aktualisierung und Verbindung beider Kritikformen im Zeichen der Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit sollte es als gemeinsames Projekt gehen: *Gesellschaftliche Arbeitsteilung und Demokratie*. Dieses Kooperationsprojekt ist, wie zu zeigen sein wird, ein unerledigtes Programm. Gestalt angenommen hat es mit der vierten inhaltlichen Begegnung in der Einfädelung und Finanzierung, im Verfassen und in der Begleitung einer großen Literaturstudie zum theoretischen und konzeptionellen Stand eines wesentlichen Teilaspekts der Arbeitsteilungsproblematik: der Arbeitnehmer-

mitbestimmung und ihrer Einbettung in strategische Ansätze zur *Demokratisierung der Wirtschaft* (Demirović 2007).

Vier über fast fünfundzwanzig Jahre sich erstreckende Begegnungszusammenhänge von Kritischer Theorie und Gewerkschaft: Lässt sich über deren Wirkung etwas sagen?

Wirkungen

Die Stärke von Bildungs- und sozialwissenschaftlicher Theoriearbeit – ihre Enthobenheit vom unmittelbaren praktischen Anwendungszwang – ist zugleich eine Schwäche: Ihre Wirkung lässt sich nicht eindeutig nachweisen. Überlegungen dazu sind auf Einschätzungen, Resonanz, Zurechnungsmöglichkeiten gegründet. Betrachtet man unter diesem Vorbehalt die möglichen Wirkungen der beschriebenen Aktivitäten von Alex im politischen Feld »Gewerkschaft« – genauer: auf hauptberufliche Bildungsarbeiter*innen, politische Sekretär*innen, Konzeptarbeiter*innen, politisch-intellektuell aufgeschlossene Betriebsräte und Vertrauensleute als Adressaten, so lassen sie sich wohl am besten mit den Begriffen »Impulse zur Selbstklärung der Akteure« und »Orientierungswissen für das Handeln« kennzeichnen.

»Wie kommen die unterschiedlichen Lebenswelten, Gesellschaftsbilder und Interessenorientierungen der Teilnehmenden in unsere Seminar- und Beratungspraxis – und was geschieht dort mit ihnen? Welchen Sinn machen, auf dem Hintergrund fragmentierter Wirklichkeiten, Vorstellungen von Wahrheit und Ideologie,

»richtigem« und »falschem« Bewusstsein und seiner »Reform«? Können wir noch zu gruppenübergreifenden Zielen gewerkschaftlichen Handelns und gesellschaftspolitischer Veränderung kommen, zu gemeinsamen Vorstellungen von gesellschaftlicher Vernunft?»

Dass diese Fragen in den *pädagogischen Weiterbildungswochen* in den Jahren 1998/99 erörtert werden – allesamt im Lichte eines auf die marxischen Feuerbach-Thesen, auf Gramsci und Horkheimer zurückgehenden sozialen Konstruktivismus, der sich deutlich vom undialektisch-subjektivistischen radikalen Konstruktivismus abgrenzt –, dürfte nicht ohne Folgen bleiben. Weder für jene Bildungsarbeiter*innen, die einem engen bewusstseins- und handlungstheoretischen Materialismusverständnis verbunden sind, noch für jene, die den Anspruch gesamtgesellschaftlicher Strukturveränderung aufgeben wollen – und für die dazwischen schon gar nicht. Wenn gegenüber der subjektlosen Luhmann'schen Systemtheorie, die die Funktionslogik gesellschaftlicher Subsysteme mit dem Gestus der wissenden Überlegenheit gegen humanisierende Interventionen abschottet, die Bedeutung des normativ geleiteten und theoretisch informierten Handelns begründet wird, so trifft das sehr genau die Wirkungsmöglichkeit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als Konstruktionswerkstatt sozialer Deutung und Veränderung. Und wenn mit dem Bourdieuschen Habitus-Konzept ein Verständnis für die (Re-)Produktion der Sozialstruktur durch die habituellen Bewertungs- und Verhaltensmuster in

den sozialen Milieus geweckt wird, so eröffnen sich differenzierte Zugangsweisen zu unterschiedlichen Gruppen von Lohnabhängigen – und zur Arbeit an den Widersprüchen zwischen ihren Wertvorstellungen und Interessen und der arbeitsweltlichen und gesellschaftlichen Realität. Nicht, dass all diese in den Weiterbildungswochen angesprochenen Themen geklärt worden wären. Aber der durch Alex vermittelte Impuls, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, wurde gesetzt und wirkt – ausweislich inhaltlicher Folgeaktivitäten – nach.

Eine Impuls- und Orientierungswirkung darf man auch der Tagung zu »Aufgaben und Perspektiven der kritischen Gesellschaftstheorie« im Jahr 2001 zuschreiben: ein, wie Oskar Negt in seinem Einleitungsvortrag bemerkte, »kaum zu überschätzendes Signal, die Verbindung von Kritischer Gesellschaftstheorie und gewerkschaftlicher Organisationspraxis nicht nur durch arbeiterfreundliche Gesinnungen zu dokumentieren« (Negt 2004: 16). Das Spektrum der Beiträge umfasste Themen der Arbeitswelt, der Globalisierung, der Familien- und Geschlechterverhältnisse, der Gewerkschaftsentwicklung, der Gesellschaftstheorie. Die Diskussionsstränge lassen sich in drei Schwerpunkten zusammenfassen: Wie verhält es sich mit der Subjektivität in Familien- und Geschlechterbeziehungen, in der Arbeit und in sozialen Konflikten um Anerkennung? Welche dezentralen Organisationsformen für die Politisierung und Durchsetzung von gewerkschaftlichen Interessen sind zu entwickeln und mit zentralisierten und transnationalen Handlungsebenen zu koordinieren? Was müsste eine aktuel-

le Gesellschaftstheorie leisten, um die Potenziale von Autonomie und Emanzipation aufzudecken und zu befördern? Dokumentiert wurde diese Tagung – wesentlich erweitert um zusätzliche Beiträge aus der Sozialwissenschaft – in dem Suhrkamp-Band *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel* (Beerhorst/Demirović/Guggemos 2004). Der das Buch abschließende Text von Alex schreibt der theoretischen Reflexion und Intervention – ganz entgegen der verbreiteten Auffassung vom Bedeutungsverlust der Kritischen Theorie – durchaus die mögliche Wirkung als politische Produktivkraft zu: indem sie gesellschaftliche Umbrüche mit dem Repertoire der älteren und jüngeren Theorieansätze richtig erfasst und die Ansprüche und die Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Subjekte freilegt und stärkt (Demirović 2004: 476, 488f). Daran sind die Tagung und das Buch selbst beteiligt – als, wie es in einem Konferenzbericht heißt, »Beitrag zur Erhöhung der politischen Urteilskraft«.

In dem Text von Alex wird ein Gedanke angesprochen, der als motivationale Grundlage der Kooperationsbeziehung gelten kann: die Frage nach dem Zusammenhang von Arbeit und Demokratie, die Kritik der Arbeitsteilung. Er reflektiert diese Problematik am Beispiel der Abtrennung politisch-intellektueller Funktionen vom Bereich der gesellschaftlichen Arbeit:

»Das von Intellektuellen professionalisierte Denken hat demnach, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, eine repräsentative Bedeutung, denn Menschen opfern ihre Lebens-

zeit dafür, dass einige von ihnen stellvertretend für alle anderen über die gemeinsamen Fragen und Probleme nachdenken. [...] Es kommt zu einer enormen Rationalisierung und zur Bildung von Expertenwelten, die kaum Übergänge zu den Alltagspraktiken kennen und gerade mit dieser Trennung zur Heterogenität und Fragmentiertheit des Alltagsverstands beitragen« (Demirović 2004: 481).

Es geht also um die gesellschaftlichen Grundfragen, »wer wieviel arbeiten muss, wer die Früchte der Arbeit genießt, wer das Kommando hat und über die Arbeitsmittel verfügt« (ebd.: 492). Dieses Themenfeld, so das gemeinsame Vorhaben, sollte systematisch untersucht werden nach Bezugspunkten in der älteren Kritischen Theorie und in neueren Entwicklungen der Gesellschaftstheorie. Und es sollte in Beziehung gesetzt werden zu Umbrüchen in der Organisation gesellschaftlicher Arbeit. Entstehen könnte so etwas wie ein Handbuch für eine reflektierte Arbeitspolitik.

Die Vorarbeiten dazu waren weit gediehen, als ein wichtiger Teilaspekt dieser Thematik – gleichsam Wirkung des Interesses, das ihre Bearbeitung bei gewerkschaftlichen Entscheidungsträgern auslöste – in den Vordergrund trat: der Auftrag für eine Literaturstudie zum Stand der wissenschaftlich-politischen Diskussion zur Arbeitnehmermitbestimmung. Daraus wurde – in inhaltlicher Erweiterung des Mitbestimmungsthemas – das Buch *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven*. Thematische Erweiterung deshalb, um eine zentrale Aussa-

ge vorwegzunehmen, weil die Postulate nach Sicherung und Ausweitung der Mitbestimmung verhungern, wenn sie nicht eingebettet sind in ein normativ begründetes und inhaltlich-strategisch ausgerichtetes Konzept zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Nicht nur gewerkschaftliche Mitbestimmungsdiskurse werden in der Studie untersucht, sondern auch gesellschaftswissenschaftliche Demokratietheorien. Dass im positivistisch-liberalen Spektrum hier nichts Weiterführendes zu finden ist, mag nicht überraschen. Die Studie setzt sich aber auch kritisch mit dem eigenen Theoriestamm bzw. mit einem starken Zweig dieses Stamms auseinander: der Habermas'schen Demokratie-Konzeption. Für Jürgen Habermas gelten die Arbeitsutopien als erschöpft und Gewerkschaften sind als zwischen System und Lebenswelt stehende ökonomische Interessenvertretungen eher den Partikularinteressen der Systemseite zuzurechnen, sodass sich von ihnen kaum verallgemeinerungsfähige Beiträge zum gesellschaftlichen Diskurs erwarten lassen. Dagegen betont Alex die geschichtliche Bedeutung von Gewerkschaften bei der Artikulation und Durchsetzung von lebensweltlichen Ansprüchen gegenüber und in den systemischen Zusammenhängen von Wirtschaft und Politik. Daher kritisiert er an den dem Selbstverständnis nach radikal-demokratischen, letztlich jedoch links-liberalen Demokratiekonzepten ihre Tendenz der »Zuflucht zu einem Ort der politischen Allgemeinheit jenseits konkreter Interessen« (Demirović 2007:118). Die zentrale Arena dieser Interessen sieht er nach wie vor in den Konflikten der

Arbeitswelt und der kapitalistischen Ökonomie begründet. Demokratietheorie und Demokratiepoltik haben sich in eben dieser Sphäre zu bewähren. Daher gilt für die auf strukturelle Demokratisierung gerichtete Theorie: Sie hat ihre Arbeitsvergessenheit zu überwinden. Für die Gewerkschaften als demokratiepolitische Akteure gilt: Sie müssen die Praxis, die Reichweite und die Begründung der Mitbestimmung durch Arbeitnehmer*innen politisch-strategisch erweitern und hinsichtlich ihrer Beziehung zu gesamtgesellschaftlichen Interessen demokratietheoretisch-normativ fundieren. Es ginge um eine konzeptionelle Weiterentwicklung und politische Verlebendigung wirtschaftsdemokratischer Institutionen und Praktiken auf der Makro-, Meso- und Mikroebene (ebd.: 254). Wichtige Ansatzpunkte sind etwa die Aufwertung Europäischer Betriebsräte, die Einrichtung gestufter überbetrieblicher Wirtschafts- und Sozialräte, eine dritte Bank öffentlicher Interessen in den Aufsichtsräten von Unternehmen und deren stärkere Kontrolle durch die Beschäftigten, der Ausbau direkter Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz. All das zielt darauf und ist daran gebunden, den »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse« (Marx), die Verselbständigung der Wirtschaft und die alte Arbeitsteilung zwischen Vertretern und Vertretenen durch Diskurs und Selbstbeteiligung abzulösen: »Die wirtschaftspolitischen Maßstäbe und Ziele müssten Gegenstand der öffentlichen Diskussion und Entscheidung durch die Betroffenen sein« (ebd.: 256). Nur wenn die Demokratisierung der Ökonomie gelingt, hängen diskurspoli-

tische Demokratisierungskonzepte der Gesellschaft nicht in der Luft.

Diese sorgfältige, perspektivreiche und aussagekräftige Studie hat ihre Wirkung nicht verfehlt: Es ist nicht vermessen, ihr eine wichtige Referenz- und Impulsfunktion für nachfolgende wirtschaftsdemokratische Diskussionen unter Akteuren in Gewerkschaft, politischen Organisationszusammenhängen und Wissenschaft zuzuschreiben.

Unerledigte Programme

Diese starke Seite der Studie hat allerdings auch einen nicht-intendierten Nebeneffekt: Über die Konzentration auf die Mitbestimmungs- und Wirtschaftsdemokratie-Thematik ist die umfassendere Fragestellung nach der theoretischen und praktischen Kritik der Arbeitsteilung und die dazu geleistete Vorarbeit liegengeblieben und bislang – jedenfalls als Kooperationsprojekt – nicht wieder aufgenommen worden. Die Kritik der Arbeitsteilung geht über die gradualistische Erweiterung von Mitbestimmung in Fragen der Arbeitsplatz-, Unternehmens- und Wirtschaftsentwicklung hinaus. Sie zielt grundlegend auf die betriebliche und gesellschaftliche Organisation der Arbeit. Diese ist in einer entwickelten Gesellschaft hochgradig differenziert entlang unterschiedlicher Niveaus von fachlich-inhaltlichen und dispositiv-anordnenden Funktionen, von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen, von horizontalen und vertikalen Verbindungs- und Trennlinien, von Ausschlüssen vom oder Zugängen zum Gestalten des Ganzen. Die Teilung und Zusammenfügung der Arbeit ist in jeder Gesellschaftsordnung – nicht nur

im Kapitalismus – »die Kernsubstanz der Herrschaftsverhältnisse«, wie Rudolf Bahro in seiner bahnbrechenden Kritik des realen Sozialismus analysiert hat; und diese Problematik der Unter- und Überordnung in der Arbeit verschwindet nicht mit veränderten Eigentumsverhältnissen (Bahro 1977a: 488): Wenn Menschen auf eine subalterne Stellung festgelegt werden, »wenn sich ihr gesamter Lebensprozess hauptsächlich im Zeichen irgendwelcher untergeordneten Teilfunktionen für ein unkontrollierbares Ganzes abspielt, dann wird die Subalternität aus einer Eigenschaft der Unterfunktion zur Eigenschaft des sie ausführenden Individuums. Sie beherrscht nun das subjektive Verhalten, und sogleich tritt als ihr Pendant die Verantwortungslosigkeit für allgemeinere Zusammenhänge hinzu« (Bahro 1977b: 19).

Es ginge in einer befreienden Perspektive darum, durch eine Umverteilung der Arbeit »keinen Menschen mehr in die Funktion einer beschränkten oder subordinierten Tätigkeit zu verwandeln« (ebd.: 43). Dieser Zusammenhang von Arbeitsteilung und Demokratie ist angesichts der gegenwärtigen Neukombination von Arbeit und Technik (»Digitalisierung«), neuer Konzepte der Betriebs- und Arbeitsorganisation (»Ganzheitliche Produktionssysteme«), der Umbrüche in den industriellen Strukturen (»Transformation«), der sich verändernden Rolle des Staates gegenüber der Ökonomie und der zumindest latenten und entwickelbaren Subjektansprüche an die Qualität, den Sinn und die Autonomie in der Arbeit von höchster Aktualität: die gesellschaftliche Arbeit wird neu organisiert.

Noch unentschieden scheint zu sein, welche quantitativen und qualitativen Effekte von der zunehmenden Digitalisierung der Produktions- und Verwaltungsabläufe und der Arbeitsprozesse zu erwarten sind – das heißt, wie sich die Zahl der Arbeitsplätze und die Art der Aufgabenzuschnitte und Arbeitsanforderungen entwickeln werden. Es ist noch offen, ob ein allgemeiner Anstieg der Arbeitslosigkeit oder gespaltene Arbeitsmärkte mit Knappheit und Überfluss menschlicher Arbeit zugleich, ob eine Polarisierung von Tätigkeiten und Qualifikationsanforderungen oder eine tendenzielle Aufwertung der verbleibenden menschlichen Arbeit und ihrer Kompetenzen eintreten. Gerade deshalb käme es darauf an, die Voraussetzungen für eine humane Bewältigung der »Transformation« zu schaffen – oder mehr noch: für eine humane Bereicherung als deren Ergebnis.

Dazu gehörten erstens neue Formen der sozialen Sicherung beim Verlust des Arbeitsplatzes – in materieller wie in sozial-moralischer und kultureller Hinsicht: Der Abbau und die Umstellung von Arbeitsplätzen darf nicht als soziale Entwertung und Bestrafung, sondern muss – soweit sozial und ökologisch begründet – als Dienst an der Gesellschaft erfahren werden. Es ginge um eine sozial und individuell akzeptierte – zumindest partielle – Entkopplung von Arbeit und Einkommen, um Anerkennung (phasenweiser) nicht-erwerblicher Tätigkeiten, um Weiterqualifizierung und Übergänge zwischen und innerhalb der Sphären von Erwerbs- und Gemeinwesenarbeit (was ansatzweise unter dem Begriff Beschäftigungsver-sicherung diskutiert wird).

Es ginge zum Zweiten um die Neubelebung der Debatte um die Länge und die Lage von Arbeitszeiten: Angesichts der zu erwartenden Produktivitätszuwächse und der Grenzen des Wachstums geraten deutliche Verkürzungen der Wochen- und Lebensarbeitszeit und die (Mit-)Verfügung der Arbeitenden über die Zeiträume, in denen sie zu verrichten ist, wieder auf die Tagesordnung. Mit der Möglichkeit zur Viertagewoche, mit reduzierter Vollzeit für bestimmte Beschäftigtengruppen und Wahl- und Mischmodellen zwischen Entgelterhöhung und Arbeitszeitreduktion bewegt sich das tarifpolitische Repertoire der Gewerkschaften bereits in diese Richtung.

Zum Dritten wären in den Auseinandersetzungen um die betriebliche Arbeitsorganisation, in gewerkschaftlichen Leitbildern und Gestaltungskonzepten Arbeitszuschnitte, Qualifikationen und Kompetenzen so zu definieren, dass die Arbeit auf den verschiedenen Tätigkeitsniveaus bereichernd und entwicklungsfördernd ist. Auf der mittleren Ebene (Facharbeit in der Produktion, Sachbearbeitung in der Verwaltung und anderen indirekten Bereichen) wären Tendenzen zur Dequalifizierung die Integration von Aufgaben der System- und Prozessplanung und -steuerung und anderer vor- und nachgelagerter Bereiche entgegenzusetzen (Systemregulierung in der Produktion, Schnittstellenorganisation, Problemlösung und betriebswirtschaftliches Erfassen im administrativ-organisatorischen Bereich). Auf der Ebene der Zuarbeits- und Bedientätigkeiten ginge es darum, der technischen Ersetzbarkeit von einfacher Arbeit und ihrer Entwertung ei-

nerseits und der Überforderung durch Umstellungsanforderungen andererseits mit neuen Mischformen aus verbleibenden einfachen und gehobenen Arbeitszuschnitten zu begegnen. Und im Segment der Hochqualifizierten wären ihre Kompetenzen und ihre Autonomie zu sichern und zu erweitern, gleichzeitig jedoch ihre nichthierarchische Kooperation mit den anderen Ebenen des betrieblichen Gesamt-Arbeitskörpers. Für alle Beschäftigtengruppen ginge es darum, durch institutionalisierte und aktiv wahrgenommene Mitentscheidungsrechte Arbeit und Arbeitspolitik als Wirkungskreis demokratischen Handelns erfahrbar zu machen.

Dafür gibt es durchaus Anknüpfungspunkte im Bewusstsein und in den Interessenorientierungen bei den Lohnarbeitenden. Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und Befunde der empirischen Sozialforschung bestätigen: Entgegen der Zersetzung solidarischer, demokratischer und gesamtgesellschaftlicher Sinnbezüge in der Arbeits- und Lebenswelt durch den Neoliberalismus oder dem Abwandern nach rechts sind Motive einer solidari-schen und demokratischen Gestaltung der Lebensumstände und der aktiven Einflussnahme durchaus virulent. Sie zielen auf individuell befriedigende und sinnvolle Arbeitsinhalte, auf eine sozial verantwortliche Arbeitswelt, die über Arbeitsplatz und Betrieb hinausgeht und in einen zustimmungsfähigen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang eingebettet ist, der auch moralischen Erwartungen entspricht: menschenrechtliche Gleichheit, körperlich-seelische Unversehrtheit, Kontrolle über das eigene Leben, demokratische Be-

teiligung. Diese normativen Ordnungsvorstellungen basieren auf so etwas wie einer »moralischen Ökonomie« (E. P. Thompson), die – wurzelnd in einem »naturrechtlichen« Würdeempfinden und durch die arbeits-, sozial- und verfassungsrechtliche Anerkennung und eine dadurch gestärkte Selbstwertung der Lohnarbeitenden als Gesellschaftsvertrag nach dem Zweiten Weltkrieg gespeist – nicht erodiert sind:

»Das Mensch-Sein in der (Arbeits-) Welt enthält eine Perspektive auf Lohnarbeit, die diese transzendiert und gerade nicht auf pure, effektive Arbeitskraftverausgabung verengt. Es berührt, inhaltlich, beispielsweise feministische Überlegungen einer notwendigen Stärkung des Fürsorglichen als gesellschaftliche, auch die »normale« Lohnarbeit umfassende Aufgabe und es enthält einen die betrieblichen wie nationalen Grenzen überschreitenden Universalismus, den es für das Projekt eines neuen »revolutionären Humanismus« (David Harvey) aufzugreifen gälte« (Hürtgen 2020: 99).

Dieses latente und bei Gelegenheit explizite Potenzial »beinhaltet vielfache Anschlüsse an progressiv transformierende ökologische, arbeitsinhaltliche und menschenrechtlich universalistische Prinzipien möglicher künftiger Gesellschaftlichkeit« (ebd.: 94). Ganz in diesem Sinne stellen, bezogen auf den Kernsektor der industriellen Transformation – die Automobilbranche –, jüngere Untersuchungen heraus, dass es bei den betroffenen Arbeitnehmer*innen Bruchstellen im unterstellten »auto-

mobilen Konsens« (Brand/Wissen) und eine wachsende Offenheit für Umbaukonzepte gibt: »Die Identifikation der Beschäftigten mit ›ihren‹ Automobilunternehmen hat abgenommen – wie auch die Begeisterung für das Auto als solches. Hier ist ein Riss entstanden, wodurch sozial-ökologische Politikansätze zumindest diskutiert werden und nach und nach Unterstützung gewinnen könnten« (Boewe/Krull/Schulten 2021: 67).

Diese subjektiven Potenziale eines humanen und ökologischen Umbaus von Arbeit und Wirtschaft artikulieren sich jedoch nicht von selbst. Sie bedürfen der Vermittlung mit konkreten und motivierenden Veränderungsmöglichkeiten und der Erfahrung eigener Wirksamkeit bei ihrer Ausgestaltung. Dies wäre nicht nur bedeutsam für emanzipatorische Wege in und aus der »Transformation«, sondern – so die Zusammenfassung der jüngsten Leipziger Autoritarismus-Studie – zugleich eine Barriere gegen Sackgassen nach rechts:

»Erfahrungen von Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt gehen mit einer positiveren Einstellung zur Demokratie [...], mit einer signifikant geringeren Abwertungsbereitschaft gegenüber Muslimen und Geflüchteten einher und schmälern das Bedürfnis, Frauen in klassische Rollenverteilungen zu drängen. [...] Industrial Citizenship erweist sich als wichtiger protektiver Faktor für demokratische Orientierungen« (Otto-Brenner-Stiftung 2020).

Wie werden in dieser Situation gesellschaftlicher Neuorientierung in unterschiedlichen theoretischen und

gesellschaftlichen Diskursen Arbeit und Arbeitsteilung thematisiert? Wie werden die Trennung und Entgegensetzung von vorwiegend dispositiver und vorwiegend ausführender Arbeit, die Verhältnisse von Über- und Unterordnung, von Verfügen und Verfügtwerden, die Hemmung subjektiver Potenzen in der Arbeit durch die dauerhafte Reduzierung auf Teilfunktionen, das Entgleiten der wirtschaftlichen Prozesse aus gesellschaftlicher Kontrolle analytisch und normativ erfasst und problematisiert? Wie wird die Beziehung von Arbeitsteilung und politischer Demokratie, von Einzelheit und Gesamtheit, von Subalternität und Autonomie zum Thema? Was lässt sich zu den erforderlichen Qualifikationen und Kompetenzen sagen – und wie wären sie anzueignen? Welche Anknüpfungspunkte in theoretischer Analyse, sozialphilosophischem Entwurf, arbeitsweltlichen Motiven und konkreten Gestaltungskonzepten lassen sich für eine humanisierende Neuordnung und Demokratisierung von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft identifizieren oder entwickeln? Ein Kopf- und Handbuch für eine theoretisch informierte emanzipatorische Arbeitspolitik wäre an der Zeit – es wäre in interventionistischer Absicht die Aktualisierung und Konkretisierung eines Grundmotivs der Kritischen Theorie, der Alex so verbunden ist:

»Das Problem, was und wie produziert wird, ob [...] soziale Unterschiede festgehalten werden oder sich gar vertiefen, ferner die aktive Beziehung des Einzelnen zur Regierung, das Verhältnis aller entscheidenden, die

Individuen betreffenden Verwaltungsakte zu ihrem eigenen Wissen und Willen, die Abhängigkeit aller vom Menschen beherrschbarer Zustände von wirklicher Übereinkunft, kurz, der Entwicklungsgrad der wesentlichen Momente realer Demokratie und Assoziation gehört mit zum Inhalt des Begriffs der Vergesellschaftung.« (Horkheimer 1988: 223)

Und ein unerledigtes Programm gibt es noch – es liegt mehr im Persönlichen: die freundschaftliche Beziehung, die durch die geschilderte Kooperation entstanden und trotz zeitlicher und räumlicher Distanz über die Jahre nicht abgerissen ist, lebendig zu halten. Es sollte zu realisieren sein. *Ad multos annos!*

Literatur

- Bahro, Rudolf (1977a): *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*. Köln/Frankfurt/M.
- (1977b): *Eine Dokumentation*. Köln/Frankfurt/M.
- Beerhorst, Joachim (2019): »Soziologen brauchen wir nicht«: Kritische Theorie, Arbeiterbewegung, Gewerkschaften. In: Bittlingmayer, Uwe / Demirović, Alex / Freytag, Tatjana (Hg.): *Handbuch Kritische Theorie*, Band 2. Wiesbaden: 1043-1075. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-12695-7_56.
- / Demirović, Alex / Guggemos, Michael (Hg.) (2004): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt/M.
- Boewe, Jörn / Krull, Stephan / Schulten, Johannes (2021): »E-Mobilität, ist das die Lösung?« – Eine Befragung von Beschäftigten zum sozial-ökologischen Umbau der Autoindustrie. *luxemburg beiträge* Nr. 1. Berlin. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 23.3.2022.
- Demirović, Alex (2004): Der Zeitkern der Wahrheit. Zur Forschungslogik kritischer Gesellschaftstheorie. In: Beerhorst/Demirović/Guggemos (2004): 475-499.
- (2007): *Demokratie in der Wirtschaft – Positionen, Probleme, Perspektiven*. Münster.
- Horkheimer, Max (1988): Traditionelle und kritische Theorie. In: Ders.: *Gesammelte Schriften*, hg. v. Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr, Band 4. Frankfurt/M.
- Hürtgen, Stefanie (2020): Arbeit, Subjekt, solidarische Gesellschaft. In: Stefan Stache / Wolf von Matzenau (Hg.): *Was heißt Erneuerung der Linken? Sozial-ökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert*. Hamburg: 94-105.
- Negt, Oskar (2004): Kritische Gesellschaftstheorie und gewerkschaftliche Organisationspraxis. In: Beerhorst/Demirović/Guggemos (2004): 14-33.
- Otto-Brenner-Stiftung (2020): »Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt als Stärkung der Demokratie«. *Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie*. Frankfurt/M.